

Notizen

Anlässlich der Eröffnung der 40. Fastenaktion des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor mahnte dessen neuer Hauptgeschäftsführer Josef Sayer die Bundesregierung, das von ihr selbst häufig versprochene Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, tatsächlich auch umzusetzen. Der Anteil drohe in diesem Jahr unter 0,3 Prozent zu fallen. Nach Angaben Sayers stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der katholischen und evangelischen Kirche in diesem Jahr sieben Millionen Mark weniger zur Verfügung. Insgesamt erhalten 1998 die Kirchen vom BMZ 282 Millionen Mark. Angesichts knapper öffentlicher Kassen müßten neue Wege der Entwicklungsfinanzierung gesucht werden. Sayer selbst schlug vor, Rückflüsse aus Krediten der Bundesrepublik an die ärmsten Entwicklungsländer sollten einem Sonderfonds zugeführt werden, aus dem zusätzliche Programme für die Armutsbekämpfung gefördert werden könnten.

Vor einem weiteren Abbau von familien- und sozialpolitischen Hilfen in Deutschland warnte die Leiterin des Referats Familienhilfe des deutschen Caritasverbandes, Angelika Maier. In einem Kommentar zur Lage nach dem Papstbrief zur Schwangerschaftskonfliktberatung (vgl. Caritas, März 1998, S. 105) meinte sie, ein umfassendes Netz von Hilfen dieser Art gehöre zum Schutzkonzept der Beratungsregelung. Man erlebe jedoch heute, daß unter dem Druck nicht vorhandener Finanzmittel der Umbau des Sozialstaates sich als Abbau darstelle. Wie solle aber das Schutzkonzept seine Wirksamkeit erweisen, wenn die Hilfen für Frauen und Familien weiter zurückgenommen würden?

Die Bedeutung des polnischen Beitrags für die Einigung Europas unterstrich Johannes Paul II. vor polnischen Bischöfen, die Mitte Februar zu ihrem ad-limina-Besuch nach Rom kamen. Europa brauche ein Polen, das „in tiefer Weise glaubt und im christlichen Sinn kulturell kreativ ist, im Bewußtsein seiner ihm von der Vorsehung zugedachten Rolle“. Damit könne und müsse Polen Europa einen Dienst leisten, und diese Aufgabe sei weitgehend identisch mit dem Bemühen, im eigenen Land eine „Ge-

meinschaft des Geistes“ zu schaffen, die auf der Treue zum Evangelium gegründet sei. Die Kirche in Polen müsse dafür sorgen, daß die Nation wirksam den Tendenzen der zeitgenössischen Zivilisation entgegentreten könne, die eine „Abkehr von den geistigen Werten zugunsten eines entfesselten Konsumismus“ bedeuteten.

Für eine Änderung des sogenannten Blasphemie-Paragrafen im Strafgesetzbuch wurde in allen Kirchen im Bistum Regensburg während der Fastenzeit eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Der Paragraph 166 StGB solle den Bestimmungen gegen Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung angeglichen werden. Zu deren Strafverfolgung genüge das Vorliegen des Sachverhaltes, unabhängig von der Frage, ob der öffentliche Friede gefährdet sei. In § 166 StGB heißt es dagegen: Mit Geld- oder Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren werde belegt, wer „öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“. Das Regensburger Generalvikariat begründete den Vorstoß für eine Gesetzesänderung, der bisherige Paragraph 166 laufe ins Leere und lasse friedfertige Christen praktisch schutzlos. Letztlich gehe es aber um die Sicherung der gegenseitigen Achtung der Mitglieder einer Gesellschaft.

Nach den neuesten kirchenoffiziellen Daten zählt die Russische Orthodoxe Kirche derzeit etwa 18 000 Gemeinden. In der Hauptstadt Moskau sind 404 orthodoxe Kirchen registriert, neunmal mehr als 1988, aber immer noch weniger als vor der Revolution von 1917. Insgesamt wirken in der ROK 15 347 Priester und 1737 Diakone. Es gibt 438 Klöster, davon 210 Männer- und 228 Frauenklöster. Die russische Kirche unterhält fünf Akademien, 23 Seminare, 21 kirchliche Schulen sowie weitere Lehreinrichtungen. In den derzeit 124 Diözesen der ROK wirken 148 Bischöfe.

In ihrem Mitte Februar veröffentlichten Pastoralplan, zugleich ein euphorischer Rückblick auf den Besuch Johannes Pauls II. in Kuba Ende Januar, unterstreicht die Kubanische Bischofskonferenz:

Die Kirche fordere weder eine dominante noch exklusive Stellung innerhalb der kubanischen Gesellschaft. Ausdrücklich betonen die Bischöfe weiter ihre Bereitschaft zur ökumenischen Zusammenarbeit sowie zu einem offenen Dialog mit staatlichen und unabhängigen gesellschaftlichen Institutionen. Weiterhin wolle sich die Kirche um eine dem Lebensschutz förderliche Erziehung bemühen sowie die Laien ermutigen, sich im Geist der Versöhnung und Solidarität für die Lösung der Probleme des Landes einzusetzen. Auch verpflichten sich die Bischöfe, denjenigen mit Verständnis und Offenheit zu begegnen, die aus verschiedenen Gründen ihre Heimat verlassen mußten.

Die kenianischen Bischöfe äußerten sich erneut zur schwierigen innenpolitischen Lage ihres Landes. Einen Monat nach der Wiederwahl von Kenias Präsident Daniel Arap Moi und als Reaktion auf verbreitete Unruhen im Lande klagten die Bischöfe die führenden politischen Schichten des Landes an, die Welle von Gewalt aus durchsichtigen politischen Motiven herbeigeführt zu haben. Sie fragten, warum sich die „ethnische Säuberung“ ausgerechnet gegen jene Gemeinschaften richte, die Ansichten verträten, die sich von denen der politischen Führung des Landes unterscheiden. Die Bischöfe zitierten namentlich drei Mitglieder der kenianischen Regierung und warfen ihnen das Schüren von „ethnischem Haß“ vor. Präsident Arap Moi fordern die Bischöfe auf, der Gewalt ein Ende zu setzen und jene Kabinettsmitglieder zu entlassen, die mit ihren Äußerungen die Lage angeheizt hätten.

Im nächsten Heft

- Deutsche Katholikentage von 1848 bis 1998
- Die albanische Frage auf dem Balkan
- Brasiliens religiöse Vielfalt
- Was sagt die kirchliche Soziallehre zum Euro?
- Theologische Fakultäten unter Sparzwang
- Informationsgesellschaft – mehr als ein Schlagwort?